

**Vollversammlung des Diözesanrates der Katholiken
der Erzdiözese München und Freising
am 3. und 4. Oktober 2008**

Bericht des Vorsitzenden

[Es gilt das gesprochene Wort]

Weiterarbeit am Thema Kinderarmut

Wir haben uns auf der Frühjahrsvollversammlung sehr intensiv mit dem Thema Kinderarmut beschäftigt. Das Thema bleibt, wie Sie alle wissen, auf der Tagesordnung. Sich mit den Ursachen und Auswirkungen von Kinderarmut zu beschäftigen, ist nicht ein Tagesordnungspunkt, den man einfach abgehandelt hat und dann „ad acta“ legt. Kinderarmut fordert uns heraus. Es beschämt uns, dass in einem reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile 1,7 Mio. Kinder als arm gelten, davon 132 Tausend in Bayern. Ich bin daher unserem Sachausschuss Familien- und Bildungspolitik dankbar, dass er das Thema aufgegriffen und ein Faltblatt mit Anregungen für Pfarrgemeinderäte erstellt hat. Am Freitag, 23. Januar 2009, veranstaltet der Sachausschuss einen Fachtag zum Thema „Kinderarmut erkennen – wirksam handeln“. Auch unsere im Herbst stattfindenden Kommunalpolitikertagungen greifen dieses Thema erneut auf. Unter dem Titel „Abgehängt – von Kindheit an: Was Kirche und Kommune gegen Kinderarmut tun können!“ laden wir am Samstag, 8. November 2008, ins Kloster Zangberg ein. Für die Region Süd findet die Tagung am 28. und 29. November im Haus St. Rupert in Traunstein statt.

Wenn wir davon sprechen, dass uns die steigende Zahl armer Kinder nicht gleichgültig sein kann, müssen wir gleichzeitig dankbar feststellen, dass es viele Initiativen gibt, die dieser Armut entgegenwirken wollen. Sie unterstützen Familien, wenn sie das Mittagessen ihrer Kinder in der Schule nicht bezahlen können. Mancherorts gibt es einen Fonds, mit dem diejenigen Familien unterstützt werden, für die die Klassenfahrt der Kinder ein großes finanzielles Problem darstellt. All diese Aktivitäten sind ein Beweis dafür, dass es in unserer Gesellschaft Barmherzigkeit und Hilfsbereitschaft gibt. Ein herausragendes Beispiel dafür sind auch die vielen Orte, in denen die so genannte Tafel Lebensmittel für Arme ausgibt, und auch hier finden wir wiederum bei denen, die sich vor den Ausgabestellen einfinden, viele Eltern kinderreicher Familien und Alleinerziehende. Hier zeigt sich eine

bewundernswerte solidarische Sensibilität von Menschen, die Augen haben und sehen, die Hände haben und helfen.

Und dennoch muss uns die Ursache dieser Hilfsbereitschaft unruhig werden lassen. Mildtätigkeit ist nicht alles, sie mildert nur die Not, verweist aber zugleich auf eine Gerechtigkeitslücke. Die mildtätigen Aktivitäten sind ein Beweis für eine strukturelle Schieflage in unserem Land. Wir lassen es zu, dass Kinder in Armut aufwachsen. Die Initiativen helfen, mit der Not zu leben, führen aber nicht aus der Not heraus. Verteilung von Almosen hält am Leben, bahnt jedoch keinen Weg aus der Abhängigkeit! Die Spontaneität des offenen Herzens hat die Form einer punktuellen Anteilnahme an der Not des Nächsten. Die Anteilnahme selbst wird aber nur dauerhaft und nachhaltig sein, wenn wir uns den Ursachen von Not und Leid zuwenden – also wenn die Barmherzigkeit zum Impuls für Gerechtigkeit wird. Wir müssen eine Antwort auf die Frage finden, wie armen Familien und Kindern mehr Chancen heute und für die Zukunft gegeben werden können. Und das ist eine Gerechtigkeitsfrage.

Wir brauchen Rahmenbedingungen, die in die Zukunft wirken und Armut verhindern. Einen Aspekt hat der Caritasverband mit dem Wort „Befähigung“ umschrieben. Vielen Eltern mangelt es schlichtweg an Kenntnissen, um ihre Kinder zu unterstützen: Manche können nicht lesen, manche sind der deutschen Sprache nicht mächtig. Andere haben den adäquaten Umgang mit Geld nie gelernt oder werden aufgrund einer Verschuldung in den Hunger getrieben. Hier muss es Angebote geben, diese Fähigkeiten zu erlangen. Wir brauchen aber auch andere strukturelle Voraussetzungen. Dazu gehören existenzsichernde Arbeitsplätze. Wer heute einer Vollzeitbeschäftigung nachgeht, ist nicht mehr selbstverständlich in der Lage, mit seinem Lohn sich und seine Familie zu ernähren.

Es braucht auch mehr Geld für Sozialleistungen. Wenn soziale Transfers wie Sozialhilfe, Sozialgeld, Grundsicherung und insbesondere das Arbeitslosengeld II für Familien nicht ausreichen, dann müssen sie erhöht werden. Der Caritasverband fordert eine Erhöhung um 20 Prozent. Wir vom Diözesanrat sollten uns diese Forderung zu eigen machen. Vor allem bei Alleinerziehenden ist zu überlegen, wie diese mit Transfers besser unterstützt werden können, ohne dass es sie beschämt. Vor allem aber brauchen wir Entlastungen für Familien und speziell für Kinder. Hierzu gehören meiner Meinung die Erhöhung des Kindergeldes und ein einkommensabhängiger Erlass der Beiträge für Kindergärten und Horte. Im übrigen vermag ich nicht einzusehen, weshalb sich weite Kreise in unserer Republik gegen das Betreuungsgeld als direkte finanzielle Zuweisung für Eltern, die sich ganz der Erziehung ihrer Kinder widmen, wenden. Es irritiert mich, dass auch ein Teil des Caritasverbandes dieses Instrument, das die verfügbaren Einkommen gerade kinderreicher Fami-

lien erhöht, ablehnen. Ich kann das Scheinargument nicht mehr hören, viele Eltern würden ohnehin einen finanziellen Spielraum nur für den Kauf von Alkohol und Flachbildschirmen nutzen.

Der Besuch der Schule muss wieder wirklich kostenfrei werden. Vielleicht findet sich jemand, der sich die Mühe macht, all die kleinen und größeren Beträge zu summieren, die Eltern eines Erstklässlers heute abverlangt werden. Die Erstausrüstung für Schulanfänger muss als Sonderbedarf beim Arbeitslosengeld II berücksichtigt werden, und eine warme Mahlzeit muss in Ganztagschulen zum Standard werden.

Um noch einmal zum Ausgangspunkt zurückzukehren: Mildtätigkeit ist notwendig. Zur Bekämpfung der Ursachen tragen wir aber nur bei, wenn an die strukturellen Rahmenbedingungen herangehen – wenn wir also darum bemühen, Verteilungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit zu verwirklichen.

Unterstützung des ecuadorianischen Laienrates

Wir haben auf der Frühjahrs-Vollversammlung vorgestellt, wie wir uns eine Vertiefung der Freundschaft zwischen uns und dem Laienrat in Ecuador vorstellen und, darin eingeschlossen, wie wir unsere Freunde in Ecuador in ihrer Arbeit finanziell unterstützen können. Wir haben vorgeschlagen, unter dem Motto „Laien für Laien“ bei den Sitzungen der verschiedenen Gremien, zum Beispiel in den Dekanats- und Landkreiskatholikenräten, regelmäßig Spendenbüchsen aufzustellen, verbunden mit der Bitte, einen kleinen Beitrag für die Arbeit des Ecuadorianischen Laienrates zu leisten. Auf dem dafür eingerichteten Konto sind in einem halben Jahr 1.691,10 Euro eingegangen. Vielen Dank für diese Großzügigkeit. Ich bitte Sie, darin nicht nachzulassen. Wenn diese Form der Solidarität zu einer Tradition wird, findet die im August 2007 in Guayaquil unterzeichnete Freundschaftsvereinbarung auch ihren materiellen Ausdruck.

Berichten möchte ich an dieser Stelle, dass wir den ecuadorianischen Laienrat, d.h. eine kleine Delegation, eingeladen haben, uns im nächsten Frühjahr zu besuchen. Wenn alles klappt, werden unsere ecuadorianischen Freunde bei der Frühjahrsvollversammlung 2009 am 7. März in Bad Endorf unter uns weilen.

Frühkindliche Bildung und Elternrecht

Es wird derzeit viel über die frühkindliche Bildung diskutiert. Von der Bundesregierung wurde mittlerweile ein „Kinderförderungsgesetz“ beschlossen. Was mich stört, ist: Nicht selten wird der Eindruck erweckt, als fände bislang in den Familien keine Kinderförderung statt. Kinderförderung – so die Ansicht – könne vor allem in familienexternen Betreuungs-

möglichkeiten erreicht werden. Ich warne vor diesem Denken in Alternativen – so als ob den Eltern ihre Erziehungsverantwortung abgenommen werden könne. Es sind meines Erachtens falsche Alternativen. Auch Eltern, die ihre Kinder einer Tagesmutter oder einer Kinderkrippe anvertrauen, tun dies nicht, um ihre Erziehungsbefugnis abzutreten. Eltern begeben sich nie ihres Erziehungsrechtes und sind nie von ihrer Erziehungspflicht entbunden. Sie wollen dies auch nicht sein.

Es ist daher bedenklich, wenn in der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion der Akzent vom Elternrecht weg verschoben wird hin zu einer immer stärkeren Betonung staatlicher Erziehungsbefugnisse. Wir dürfen nicht vergessen, welchen Sinn das Elternrecht hat: Die Eltern erziehen ihre Kinder nicht im Auftrag des Staates – auch wenn es in unserer Verfassung heißt, dass der Staat über die Ausübung dieses Elternrechtes wacht. Der Staat kann erst mit Eintritt des Kindes in die Schule eine eigenständige Erziehungsbefugnis geltend machen. Sie kommt in der Schulpflicht deutlich zum Ausdruck. Aber für Kleinkinder gilt dies nicht. Für alle Formen und Institutionen außerfamiliärer Kinderbetreuung gilt: Sie erziehen nicht im Auftrag des Staates oder des Trägers, sondern im Auftrag der Eltern. Das hat weitreichende Folgen. Vor allem bedeutet dies, dass die Eltern in die vorschulische Erziehung und Bildung ihrer Kinder stark einbezogen werden müssen.

Ich erwähne diesen Aspekt auch im Hinblick auf die wieder von führenden Politikern aufgestellte Forderung, die Kindertagesstätten in den Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums zu überführen. Wir dürfen uns nicht zu dem Schluss verleiten lassen, dass – weil in Kindertagesstätten Bildung stattfindet – diese dem Kultusministerium zuzuordnen seien. Es hat schon seinen Sinn und seinen tiefen Grund, dass die Kindertagesstätten bisher in den Verantwortungsbereich des Sozialministeriums gehören. In den Schulen macht der Staat ein eigenständiges, von den Eltern weitgehend unabhängiges Erziehungsrecht gegenüber Kindern geltend. Eine Kultusbürokratie denkt von der staatlichen Erziehungsbefugnis aus. Das bedeutet: Wenn wir keine Abnabelung der frühkindlichen Bildung vom Elternrecht wollen, müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Kindertagesstätten dem Verantwortungsbereich des Sozialministeriums unterstellt bleiben, des Sozialministeriums, das auch für die Belange der Familien zuständig ist.

Zur Situation der Volksparteien

Ich komme zu einem letzten Punkt. Die Ergebnisse der Landtagswahl in Bayern haben viele überrascht. Es ist nicht meine Absicht, hierauf detailliert einzugehen, aber ein Aspekt muss uns zu denken geben: der Vertrauensverlust der großen Volksparteien. Womit SPD und CDU schon länger zu kämpfen haben, hat nun auch die CSU erreicht: ein Schrump-

fungsprozess, der von manchen Kommentatoren als nahezu gesetzmäßiger Verlauf beschrieben wird. Über die Ursachen nachzudenken, scheint auch für uns Christen, die das politische Geschehen verfolgen und mitgestalten möchten, unausweichlich zu sein. Es sind dabei verschiedene Aspekte, die man dabei berücksichtigen muss.

Wir haben seit zwei, drei Jahrzehnten eine permanent wachsende Zahl von Wechselwählern. Vor 40 Jahren galt der Verlust von 3% für eine Partei als Erdbeben. Heute sind Veränderungen im zweistelligen Bereich keine Seltenheit. Die Fähigkeit der politischen Parteien, vor allem der Volksparteien, Bürgerinnen und Bürger dauerhaft an sich zu binden, hat dramatisch abgenommen. Es ist wahrscheinlich nicht übertrieben, wenn wir heute von einem Potential von 40% Wechselwählern ausgehen. Was sind die möglichen Ursachen? Liegen sie darin, dass die Wähler sich nicht mehr von grundsätzlichen, auch weltanschaulich-religiösen Positionen leiten lassen? Oder liegt es daran, dass die Parteien in ihren Grundsatzprogrammen und politischen Zielen nicht mehr hinreichend identifiziert werden können bzw. dass sich das Programmatische in den Kompromissformeln des politischen Alltags total verliert? Wahrscheinlich liegt es an beidem. Wieviele Mandatsträger haben überhaupt noch ein Interesse daran, ihr politisches Handeln von Grundsätzen her zu reflektieren? Ich fürchte, es ist ein verschwindend geringer Anteil. D.h. aber, dass die Politik sich immer mehr auf Machtgewinn und Machterhalt konzentriert, ohne dass nach außen hin glaubhaft sichtbar wird, wofür man die Macht erlangen will. Das kann bei vielen ernsthaften Zeitgenossen nur in eine Politikverdrossenheit führen. Auf der anderen Seite stellt sich schon auch die Frage, ob auf seiten der Bürgerinnen und Bürger ein wahlrelevantes Interesse an politischen Inhalten und Positionen besteht. Es ist erschütternd, wie sich hier oft politische Uninformiertheit mit einem lebhaften Interesse an Politessen verbindet, etwa ob die Frau des Ministerpräsidenten im Trachtenkleid zum Wiesnanstich erscheint. Solches politisches Desinteresse produziert geradezu den Typus des glatten, aber jederzeit austauschbaren Politikers, es produziert aber auch eine gewisse Beliebigkeit des Wahlverhaltens. Es ist geradezu erschütternd, wenn uns professionelle Wahlbeobachter berichten, wie hoch der Anteil derer ist, die sich erst in letzter Sekunde bei der Stimmabgabe entscheiden.

Eine zweite Beobachtung: Viele in unserer Gesellschaft erleben die Politik als fernes, von ihnen nicht beeinflussbares Geschehen. Das, was Demokratie im Kern ausmacht, dass die politische Herrschaft von den Bürgern her legitimiert ist, wird nicht mehr als real erfahren. Von daher kommt eine bestimmte Sehnsucht nach Bürgernähe, nach dem Typus eines Politikers, der „einer von uns“ ist. Aber wie soll Bürgernähe hergestellt werden, wenn zugleich die Erosion der Volksparteien voranschreitet. Nur ein Beispiel: Wenn ich das

Wahlergebnis in Oberbayern richtig aufgenommen habe, dann gibt es in den nächsten fünf Jahren in dem Raum, der die Landkreise Freising, Erding, Ebersberg, Mühldorf, Altötting, Traunstein, Berchtesgadener Land, Rosenheim, Miesbach, Bad Tölz und Garmisch-Partenkirchen umfasst, nur eine einzige SPD-Landtagsabgeordnete. Die Möglichkeit, sich persönlich in einer Sprechstunde an einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete seiner Wahl zu wenden, ist faktisch nicht mehr gegeben. Der Abbau der Volksparteien bedeutet Verlust von Bürgernähe.

Umso mehr freut es uns, dass aus unserem Kreis, d.h. Mitglieder des Diözesanrats, in den Landtag bzw. in den Bezirkstag gewählt worden sind, so dass wir eine geradezu privilegierte Nähe zu Mandatsträgern haben.

Wir gratulieren Frau Prof. Ursula Männle und Herrn Joachim Unterländer sehr herzlich zur Wiederwahl in den Bayerischen Landtag.

Unser Glückwunsch gilt unserem Vorstandsmitglied Florian Streibl, der erstmals dem Bayerischen Landtag angehört.

Wir möchten aber auch unseren Mitgliedern, Frau Eleonore Dambach-Trapp und Frau Frederike Steinberger, zur Wahl in den oberbayerischen Bezirkstag ganz herzlich gratulieren.